

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Rieser,
Gernsuf Nr. 20,

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Am.-Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen.

Postkontos: Dresden 153
Girokonto Rieser Nr. 52.

Nr. 129.

Mittwoch, 4. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2,20 M., für 3 Monate 6,50 M., für 6 Monate 12,00 M., für ein Jahr 22,00 M., durch Post, 2 Wl. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Rundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; selbstauber und teilschriftlicher Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Enthüllung kommunistischer Aufstandspläne.

Stürmische Szenen im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 3. Juni 1924.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Geschäftsordnungs Ausschusses über den Antrag auf Festsetzung der kommunistischen Abg. Pfeiffer, Lindau und Schlicht. Der Ausschuss schlägt vor, den Abg. Pfeiffer und Lindau die Freilassung zu verweigern und den Fall des Abg. Schlicht noch weiter zu verfolgen.

Abg. Lohmann (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen, zu denen auch Reichsanwalt Neumann aus Leipzig anwesend war. Er forderte die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft und erklärte es für notwendig, weil Fluchtverdacht, dringender Tatverdacht und Verdunkelungsgefahr vorliegen. Die drei Verhafteten, so fährt der Redner fort, waren Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei. Diese Zentrale habe aber seit dem Herbst 1923 nachgewiesenermaßen planmäßig den bewaffneten Aufstand vorbereitet. Sie habe in großen Mengen Waffen beschafft. Der Aufmarschplan ginge dahin, zunächst in Sachsen einen Wall zu bilden gegen das konterrevolutionäre Bayern und den nordischen Faschismus. Dann sollten im ganzen Reich die Massen mobilisiert werden. Der Eintritt in die sächsische Regierung sei kein parlamentarischer Wandel gewesen, sondern der Versuch Waffen in die Hände zu bekommen. Dort, hört Pfeiffer und auch Fischer hätten erklärt, die kommunistische Partei sei die Partei des Aufstandes. Dann wurde die Aufstellung bewaffneter proletarischer Hundstapeln nach dem Vorbild der alten Armee in die Wege geleitet. Auf Veranlassung der kommunistischen Zentrale sind in zahlreichen Orten große Waffenlager eingerichtet worden. Dort, hört in Berlin sind 44 Wägen zur Unterbringung von Waffen angemietet worden. Zur Ueberumpelung der Städte Pforzheim und Kiel sind Waffen angekauft worden. Wärm bei den Kommunisten wurde: Spionage! Eine kommunistische Instruktion zur Vorbereitung des Aufstandes ist beschlagnahmt worden. Mit Polizei befehlet Sakantow sollen möglichst mit Handgranaten angegriffen und erledigt werden. Der Oberreichsanwalt stellt weiter fest, daß aus allen Teilen des Reiches große Sprengstoffdepotale durch Kommunisten gemeldet werden, die angegeben haben, im Auftrage der Partei gehandelt zu haben. Seitens der kommunistischen Zentrale ist die Verrechnung der Reichswehr und der Polizei durch Kommunisten beabsichtigt. In mehreren Garnisonen haben Reichswehr-Angehörige Waffen und Munition auf Anstalten der kommunistischen Partei gestohlen. In Potsdam wurde ein Attentatsplan von einem Kommunisten verraten. Von der Zentrale sind Anweisungen ausgegeben worden zur Bindung von Spreng- und Entgleisungskolonnen der Eisenbahnzüge. In Berlin sind die Mitglieder einer Tscheta-Gruppe verhaftet worden, die Nordpläne aufgestellt hat, die zum Teil ausgeführt worden, zum Teil durch die Verhaftungen vereitelt wurden. Ein Antrag die Darstellung des Reichsanwalts durch Vernehmung der Verteidiger der Angeklagten zu kontrollieren, wurde vom Ausschuss abgelehnt. Die Kommunisten selbst bestritten jeden Zusammenhang der drei Verhafteten mit Nord- und Terrorplänen. Jeder Beweis dafür fehlt, daß sie oder die Zentrale von diesen Plänen wissen.

Abg. Lohmann (Soz.) bittet die Freilassung der Abg. Pfeiffer und Lindau für unmöglich, weil ihre Beteiligung an Vorbereitungsarbeiten zu einem schweren Verbrechen durch einen schlüssigen Indizienbeweis erwiesen sei. Der Redner erklärt, seine Fraktion werde dem Ausschussantrag zustimmen.

Abg. Roenen (Komm.) wendet sich gegen den Ausschussantrag. Er sei ein Teil der Kommunistenbewegung, die jetzt eingeleitet habe. Dagegen helfe nur die kommunistische Erhebung. Man wolle sich die ganze Opposition vom Hals schaffen. Aber die vier Millionen Kommunisten kann man damit nicht erledigen. Der Redner spricht von gefälschten Dokumenten und Spionage. Am die Tribüne drängen sich zahlreiche Kommunisten, die die Ausführungen des Redners mit lärmenden Zurufen begleiten.

Präsident Wallraf fordert die Abg. auf, ihre Plätze einzunehmen. (Sturm. Widerspruch der Komm.)

Der Abg. Kemmele (Komm.) ruft: Wir sind hier auf unseren Plätzen! Wir weichen nicht! (Große allgemeine Unruhe.)

Präsident Wallraf ruft den Abg. Kemmele zur Ordnung, weil dieser dem Präsidenten zurief: Unverschämtheit. Als die Kommunisten darauf wieder lärmten und toben und im Chöre „Unverschämtheit“ rufen, ermahnt der Präsident die Redner nochmals zur Ruhe, besonders den

Abg. Kemmele. Als dies nicht hilft, schließt er von Abg. Kemmele von der Sitzung aus. Kemmele weigert sich, der Aufforderung, den Saal zu verlassen, Folge zu leisten. Dadurch wird nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung sein Ausschluss auf weitere 8 Sitzungstage verlängert.

Der Präsident läßt darauf eine Pause von 5 Minuten eintreten. In dieser Pause dringen die Kommunisten in großen Scharen auf die Rednertribüne, während sich auf der anderen Seite die Abg. der Rechten einzeln haben. Beide Gruppen geraten in ein heftiges Wortgefecht. Ein großes Aufruhr wird von links nach rechts geworfen. Anhaltende große Unruhe im ganzen Hause.

Die 2. Sitzung.

Während der Pause hat der Abg. Kemmele den Saal nicht verlassen, ist also bei der Eröffnung der 2. Sitzung anwesend.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung daher mit folgenden Worten: Ich stelle fest, daß der Abg. Kemmele sich wiederholt geweigert hat, meinen Anordnungen Folge zu leisten. Somit ist kein Ausschluss nach der Geschäftsordnung auf 20 Sitzungstage erfolgt. Ich bitte den Reichsanwalt sofort zusammenzutreten, und befehle die Sitzung für heute auf. (Auf von den Komm.: Um Dich von Deinem Vorposten als unfähig abzusehen!) Schluß gegen 5 Uhr.

Der Veltkeuerat des Reichstags

Beschäftigte sich gleich nach der Plenarsitzung mit dem Veltkeuerat, der zu dem Ausschuss des kommunistischen Abg. Kemmele und zu der Aufhebung der Verhaftung geführt hatte. In eingehender Aussprache wurden die Ereignisse in der Verhaftung erörtert. Mit Ausnahme der kommunistischen Vertreter, die das Verhalten ihres ausgeschlossenen Parteimitgliedes in Schutz nahmen, billigte der Veltkeuerat das Verhalten des Präsidenten Wallraf, besonders mit Rücksicht auf die großen Verhaftungen, die dem Präsidenten aus den kommunistischen Reihen zugeflogen worden waren. Die nächste Plenarsitzung wurde auf Mittwoch vormittag 11 Uhr festgesetzt zur Fortsetzung der unterbrochenen Beratung der kommunistischen Anträge auf Freilassung in Haft befindlicher Abgeordneter.

Die heutige Reichstagsitzung.

(Durch Funkspruch mitgeteilt.)

Berlin, 4. Juni, 11 Uhr vorm.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung und läßt ein Schreiben verlesen, in dem der am Dienstag ausgesprochene Ausschluss Kemmele (Komm.) formell Einspruch gegen seinen Ausschluss erhebt. Kemmele sucht darin nachzuweisen, daß ein sachlicher Grund für seinen Ausschluss nicht vorliegt und daß der Präsident auch die formellen Vorschriften der Geschäftsordnung verletzt habe.

Nach der Geschäftsordnung entscheidet der Reichstag über diesen Einspruch ohne Besprechung. Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung. Zur Unterstützung erheben sich die 44 kommunistischen Abgeordneten, während 50 Abgeordnete zur Unterstützung erforderlich wären. In einfacher Abstimmung wird der Antrag gegen die Kommunisten abgelehnt.

Von den Kommunisten kommen einige Schmähsprüche.

Abg. Schöler (Komm.) meldet sich zur Geschäftsordnung. Der Präsident verteidigt ihn zunächst das Wort, erteilt es ihm aber dann nach einem kurzen Zwischensatz. Abg. Schöler protestiert dagegen, daß eine ganze Hundstapel Schimpf und Schandparlament im Reichstagsgebäude untergebracht sei. (Beifall rechts.) Offenbar um nach dem Rezept von Oldenburg-Janusch die Opposition aus dem Reichstag zu verjagen. Mit der Schimpf ist ein ganzes Meer von Spiegeln in den Reichstag eingezogen, darunter viele Salgenvogelgeschichter (harmloses, minutenlanges Gelächter bei der Mehrheit, viele Abgeordnete der Rechten weisen mit Fingern auf den Redner). Der Reichstag, dieses Schandparlament, wird durch die Vollzugsbefehle noch weiter geschändet. (Beifall bei den Kommunisten, Gelächter rechts. Präsident Wallraf ruft den Abg. Schöler wegen des Ausdrucks „Schandparlament“ zur Ordnung.)

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten, auf der als einziger Punkt die Fortsetzung der Beratung der Haftentlassungsanträge steht.

Der Reichsetat für 1924.

Der Reichstag nahm am Dienstag den Etat für 1924 an. Der Berichterstatter teilte folgende Zahlen über den Umfang des Personalabbaues mit. Vom 1. Oktober 1922 bis zum 1. April d. Js. sind insgesamt 134.507 Beamte, 30.197 Angestellte und 232.134 Arbeiter, insgesamt 596.838 Personen, also 24,9 Prozent, abgebaut worden, wodurch eine Ersparnis von 421 Millionen Mark erzielt worden ist.

Von Behörden erscheinen nicht mehr im Etat das Ministerium für Wiederanbau, das Reichsmauerungsamt, das Rinderberkeitsamt, das Reichspensionsamt für die ehemalige Wehrmacht und einige kleinere Behörden.

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats sind auf äußerste eingeschränkt. Auf neue Bauten ist, abgesehen von dringenden Ausnahmefällen, verzichtet worden. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 6 Milliarden Mark ab.

Aus Steuern werden erwartet bei der Einkommensteuer 1,3 Milliarden, bei der Umsatzsteuer 1,4 Milliarden, bei der Vermögenssteuer 376 Millionen, aus Zöllen und Verbrauchssteuern sollen 1,09 Milliarden ankommen, die Steuerüberweisungen der Länder sind mit 1,8 Milliarden eingeleitet.

Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages weist insgesamt 641,5 Millionen Mark auf. Hier ist ein Zuschußbedarf von 640 Millionen erforderlich. Auf Reparationskonto werden Deutschland nur 72 Millionen Mark aufgeschrieben. Seit dem Waffenstillstand bis Ende Dezember 1923 hat Deutschland für den Unterhalt der Besatzungstruppen (jetzt zweihunderttausend Mann) 5,2 Milliarden Goldmark aufgebracht. Für 1924 hat veranschlagt für die Reparationskommission 7,5 Millionen, die Interalliierte Rheinlandkommission 33,3 Millionen und für die Interalliierten Ueberwachungsausschüsse für Land- und Seemacht 10,2 Millionen. Die Ueberwachungsausschüsse bestehen jetzt aus 222 Offizieren, 380 Mannschaften und 314 Köpfe deutschen Personals. Den Ueberwachungsausschüssen stehen 191 Personalkraftwagen zur Verfügung, die einen Aufwand von über 2 Millionen Mark verursachen. Für den Unterhalt der Besatzungstruppen sind 160,3 Millionen, für Bau und Instandhaltung von Kasernen 80,3 Millionen, für Besatzungskosten im Sanitäts- und Fuhrgebiet 53,1 Millionen ausgeworfen.

Voraussetzung dafür, daß die veranschlagten Staatsausgaben aufrechterhalten bleiben, ist die Wiederherstellung der Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit des besetzten und unbefetzten Gebietes, sodas auch im besetzten Gebiet wieder Steuern und Zölle von Deutschland erhoben werden dürfen, sonst würde der ganze Haushalt in sich selbst zusammenfallen, da ein Einnahmeausfall von 800 Millionen Mark entstände.

Kriegsschuldfrage und Sachverständigenurteilen.

Der Aufklärungsausschuss betreffend die Kriegsschuldfrage in Langenbrück bei Dresden, Hermannstraße 4, macht folgendes bekannt: Trotzdem amtlich die Veröffentlichung der Vorkriegsdaten unübersehbar festgelegt ist, daß Deutschland eine Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges nicht trifft, droht in dem Sachverständigenurteilen dem deutschen Volke eine neue, noch größere Gefahr. Die V. v. D. sagen darüber folgendes: „Das Gutachten ist auf der Lage von Deutschlands Schuld am Kriege aufgebaut, und bietet — weil es unübersehbar ist — den Vorwand zu neuen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland. Seine Annahme würde eine verheerende Katastrophe bedeuten. Das deutsche Volk wird deshalb hiermit ermahnt aufzufordern, die in ganz Deutschland eingeleiteten überparteilichen Unterschriftenaktionen für die Forderung an die Regierung, über die Kriegsschuldfrage endlich amtlich zum In- und Auslande zu sprechen, nach Möglichkeit zu beschleunigen. Eine Regierung, aber auch eine Volkvertretung, die sich dieser notwendigen Aufgabe für die Ehre und das Wohl des deutschen Volkes verschließt, und welche etwa glaubt, die Verantwortung übernehmen zu können, dem deutschen Volke noch schwerere Lasten auflegen zu können, als das Schanddiktat von Versailles bereits aufgelegt hat, hat keinen Anspruch mehr auf das Vertrauen des deutschen Volkes.“

Eine Interpellation über die Wirtschaftslage

hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion eingebracht. Die Interpellation betont die Schwierigkeiten durch die Kreditknappheit, den Verlust der deutschen Wirtschaft durch die Frankenspekulation, durch die unumkehrte Monopol- und Kartellwirtschaft und durch den Kampf der Industrie gegen Lichtkondensat und Tarifverträge. An die Reichsregierung wird u. a. die Frage gerichtet, ob sie bereit sei, in Uebereinstimmung mit den Erklärungen der englischen Regierung das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag sofort zu ratifizieren. Weiter wird die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, gegen den von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand zum Zweck der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entscheidende Abwehrmaßnahmen zu treffen; ob sie ferner bereit sei, die Schlichtungsausschüsse aufzuheben, die Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall für verbindlich zu erklären.

Rückkehr zur alten Regierung.

Dr. Marx bleibt Reichskanzler.

(Berlin, (Kontin.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in diesem seinem Amte und auf Vorschlag des Reichstags auch die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern neu bestätigt.

(Berlin. Wie gemeldet wird, traten nach der Neu- bestätigung des bisherigen Reichskanzlers und der bisherigen

Reichsminister durch den Reichspräsidenten die Mitglieder des Reichskabinetts noch gestern abend zu einer Besprechung zusammen, die der Formulierung der Regierungserklärung galt. Die Blätter rechnen damit, daß die Reichsregierung heute nachmittag 5 Uhr mit dieser Erklärung vor dem Reichstag treten wird. An die vom Kanzler abgegebene Regierungserklärung wird sich eine Debatte anschließen, in der die drei Regierungsparteien eine gemeinsame kurze Erklärung abgeben dürften.